



Wahlhelfer Brandt, Genossen (in Magdeburg): „Ein Symbol“

dem der CDU oder des „Demokratischen Aufbruch“?

MECKEL: Marktwirtschaft wollen andere auch, interessanterweise wollten sie es aber alle erst nach uns.

SPIEGEL: Sie haben gesagt: „Initiative muß sich wieder lohnen.“ Das klingt wie der Wahlslogan der West-CDU: „Leistung muß sich wieder lohnen.“

MECKEL: Na und? Leistung und Können müssen sich lohnen in diesem Land. Alles, was sozial verteilt wird, muß ja irgendwie bezahlt werden. Das heißt: Eine Wirtschaft muß erst einmal florieren – und sie floriert nur als Marktwirtschaft. Das ist unsere feste Überzeugung.

SPIEGEL: Wie hält es die SPD-Ost mit Ökologie und Atomenergie?

MECKEL: Wir sagen klar: Atomenergie kann nicht die Energieform der Zukunft sein, die wir haben wollen. Wir sind – zumindest langfristig – für einen Ausstieg. Unser großes Problem ist die Braunkohle. Da müssen wir raus: Durch Energieeinsparung und vielleicht auch durch den Import von Atomstrom, zum Beispiel aus dem Westen. Ich denke, daß das – als eine Übergangsform – immer noch günstiger ist, als mit großen Investitionen Atomkraftwerke zu bauen, die man dann wieder verschrotten muß.

SPIEGEL: Wie schätzen Sie die Wahlchancen der DDR-SPD ein?

MECKEL: Wir können die Wahl nur mit den anderen gewinnen. Nach dem 6. Mai wird es mit Sicherheit eine Koalitionsregierung geben.

SPIEGEL: Wer könnte Ihr Koalitionspartner werden?

MECKEL: Ich könnte mir den Demokratischen Aufbruch vorstellen.

SPIEGEL: Und wen noch?

MECKEL: Einige der Parteien und Gruppen – aber nicht die SED.

SPIEGEL: Denken Sie auch an die alten Blockparteien als Koalitionspartner?

MECKEL: Das hängt von dem Wahlergebnis und den Koalitionsverhandlungen ab.

SPIEGEL: Vor der Wahl wollen Sie keine Koalitionsaussagen machen?

MECKEL: Wahrscheinlich nicht. Wir müssen erst die Wahlprogramme der anderen Parteien kennen; bisher hat erst der Demokratische Aufbruch Aussagen gemacht; und die sind uns so nahe, daß ich mir eine Koalition vorstellen könnte.

SPIEGEL: Wer finanziert Ihren Wahlkampf?

MECKEL: Wir haben bisher noch keinen Wahlkampf geführt, der finanziert werden mußte. Aber natürlich werden wir stark von der SPD unterstützt. Das Wichtigste aber, was im Augenblick passiert, ist nicht die finanzielle, sondern die strategische Hilfe: Wir reden miteinander. Das hilft uns sehr.

SPIEGEL: Befürchten Sie nicht, dabei erdrückt zu werden?

MECKEL: Bisher wurde sehr sensibel auf unseren Wunsch reagiert, daß wir eigenständig bleiben wollen. Man erkennt an, daß wir hier zu entscheiden haben. Wir sagen schon sehr deutlich, daß wir bestimmte Dinge wirklich allein machen wollen.

SPIEGEL: Haben Sie schon eine Vorstellung, was Ihrer Partei aus dem Erbe der alten SPD gehört?

MECKEL: Wir sind dabei, das zu recherchieren, und haben auch schon einiges Material in der Hand.

SPIEGEL: Wo forschen Sie?

MECKEL: Wir fragen herum. Wir erhalten auch Aussagen aus der SED selbst. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

SPIEGEL: Sind Sie Rechtsnachfolgerin der alten SPD?

MECKEL: Ja.

SPIEGEL: Sie sind eine neue Partei, Sie haben nur den alten Namen.

MECKEL: Wir haben den Namen, wir haben den Anspruch. Das ist das erste, das wichtigste. Rechtsfragen sind zu einem wichtigen Teil Anerkennungsfragen. Unsere Ansprüche werden wir, wenn es nötig wird, später auch vor den Gerichten geltend machen.

DDR/Kernkraft

Alles tot

Über Jahre galt Atomkraft in der DDR als risikolos. Auch eine Beinahe-Katastrophe im Kraftwerk Lubmin bei Greifswald wurde verschwiegen.

Im Ministerium für Schwerindustrie in Ost-Berlin setzte Umweltminister Klaus Töpfer zu einer detaillierten Erklärung an. Präzise wollte er begründen, warum eine Sicherheitsanalyse der DDR-Atommeiler unter seiner Obhut nur nach bundesrepublikanischen Kriterien ablaufen kann und warum es nötig sei, über die Alternative „Abschalten und Abreißen“ oder „milliardenteure Nachbesserung“ öffentlich zu reden.

Der Bonner konnte sich den Atem sparen. Nach wenigen Sätzen fiel ihm sein Partner, DDR-Minister Kurt Singer, ins Wort: „Sie brauchen nicht weiter zu reden, schon kapiert. Wird so gemacht.“

Der kurze Dialog kennzeichnete die dreitägige Atomvisite Töpfers im anderen deutschen Staat. Der Minister und sein Gefolge inspizierten das DDR-Endlager für schwach- und mittelaktiven Atom Müll im Salzstock von Morsleben, die Großbaustelle für zwei 1000-Megawatt-Atommeiler bei Stendal und – vor allem – den Kernkraft-Komplex „Nord“ in Lubmin bei Greifswald an der Ostseeküste. Töpfer und seine Experten erhielten jede gewünschte Information über jede Nuklear-Anlage, noch vor wenigen Wochen ängstlich gehütete Staatsgeheimnisse.

Sogar eine kleine Schar ost-westlicher Demonstranten kam unbehelligt, fast wohlwollend geduldet, zum Zuge. „Die bundesdeutsche Atomüberwachung“, schwärmte ein Töpfer-Helfer, „war in der DDR unterwegs.“

Die neue Offenheit, als vertrauensbildende Aktion angelegt, ist keineswegs Beleg dafür, daß es womöglich eine heile Atomwelt im Mängel- und Pannensaat DDR gäbe. Im Gegenteil: Die vier alten 440-Megawatt-Blöcke des Kombi-

nats „Bruno Leuschner“ bei Greifswald sind Risiko-Fälle ersten Grades; ein weiterer, neuer Block wurde während des Probetriebs abgeschaltet, drei weitere Blöcke sind noch in Bau.

In einem internen Ostblock-Papier kamen die Betreiber dieses sowjetischen Reaktortyps selbst zu der vernichtenden Sicherheitsnote: „Ungenügend“.

Das SED-Regime verbarg vor seinen Bürgern jahrzehntelang die tatsächlichen Gefahren, vertuschte die Störfälle. Die eigenen Experten sind jetzt sichtlich erleichtert, mit Bonner Hilfe die Sicherheitsprobleme öffentlich benennen und – vielleicht – lösen zu können.

Die Liste der Konstruktionsmängel ist lang, räumen auch DDR-Fachleute ein. Töpfer: „Ich gehe eher kritisch bestärkt als mit geringeren Vorbehalten zurück.“

Das ist vornehm-zurückhaltend formuliert. Der Bonner Minister und sein Reaktorsicherheits-Spezialist Adolf Birkhofer wollen den Eindruck vermeiden, die in dieser Woche beginnende gemeinsame Sicherheitsanalyse der vier Druckwasserreaktoren, die zwischen 1973 und 1980 ans Netz gingen, sei nur noch eine Formsache, das Urteil stehe schon fest.

Doch das Debakel ist offenkundig. Georg Sitzlack, der Chef der DDR-Atom-Kontrolle, bestätigt die Zweifel.

Es handele sich schließlich um alte Anlagen, „die vor 30 Jahren in sowjetischen Köpfen entstanden sind“. Es sei fraglich, bekennt er, „ob wir in bestimmten Grenzsituationen noch handlungsfähig sind“.

Einmal beruhte die Handlungsfähigkeit nur noch auf einem simplen Zufall; und bis heute hat die DDR-Regierung verheimlicht, daß 1976 äußerst knapp eine Katastrophe vom Ausmaß der Kernschmelze im ukrainischen Tschernobyl verhindert wurde. Es sei schon „wie ein Wunder“ gewesen, so ein damals eingesetzter Sicherheitsingenieur, daß nicht „weite Teile Norddeutschlands, Dänemarks und Schwedens“ radioaktiv verseucht wurden.

Wegen unzulässiger Manipulationen an der Erdungsanlage durch einen Elektromeister, der einen neuen Mitarbeiter einwies, geriet ein Kabelnetz der von der Sowjetunion gelieferten Kernkraftanlage vom Typ WWER-440* in Brand. Der Elektromeister hatte einen Hebel entschert, der die Erdung der werksinternen 6-Kilovolt-Anlage verriegelte: „Der Mann ist mit der Zange abgerutscht, und schon war's passiert.“

Mehrfach geprüfte Schutzvorrichtungen fielen total aus. Die von Diesel-Generatoren betriebene Notstromanlage, die bei Störfällen die wichtigsten Aggregate des Atomkraftwerks wie die Pum-

pen des Notkühlsystems mit Strom versorgen soll, versagte: „Auch die Kabel der Notstromversorgung haben gebrannt.“

Funktioniert hat allein die Schnellschaltung, der „Havarie-Schutz erster Ordnung“. Die Absorberkassetten fielen zwischen die Brennelemente und unterbrachen die Kettenreaktion. Höchste Gefahr aber ging weiterhin von der Restwärme von etwa 80 Megawatt aus: Die Kernschmelze drohte.

Der Ingenieur: „Die Zeitbombe tickte“ – nur wenn es gelang, die ungeheure Energie fortlaufend durch Kühlwasser abzuleiten, war die Katastrophe zu verhindern.

Sämtliche sechs Pumpen zum Abführen der Wärme im Normalbetrieb des Reaktors waren durch den Brand außer

Schnelligkeit wurde Block I repariert und nach etwa vier Monaten wieder in Betrieb genommen.

Atomkontrolleur Sitzlack, vor wenigen Monaten noch strenger Hüter der DDR-Nuklear-Geheimnisse, unterwirft sich neuerdings willig dem Urteil, das letztlich von bundesdeutschen Atom-Kontrolleuren bestimmt wird: „Wir sind ganz entschieden entschlossen, diese Empfehlung umzusetzen.“ Schlimmstenfalls müsse er eben seine Unterschrift für einen Weiterbetrieb gefährlicher Atomanlagen „verweigern“.

Der gewendete Atom-Staatssekretär: „Mir ist es eigentlich egal, ob es Kernenergie gibt oder nicht. Ich bin für die Sicherheit verantwortlich.“

Die dringliche Bitte um Bonner Hilfe bei der Sicherheitsanalyse ist ein Beleg



Umweltminister Töpfer, Diederich: „Sie müßten mir dankbar sein“

Funktion. Zum Notkühlsystem gehörten weitere sechs Pumpen, von denen fünf sich nicht aktivieren ließen.

„Durch einen reinen Zufall“ war wegen Instandhaltungsarbeiten die sechste Notpumpe nicht an die Stromversorgung des brennenden Blocks I angeschlossen, sondern auf das Netz des Reaktor-Blocks II geschaltet.

Im Kontrollraum waren alle wichtigen Anzeigergeräte ausgefallen, „alles war tot“. Niemand, so berichtet der Ingenieur jetzt, habe den Zustand des Reaktors genau analysieren können. Stundenlang – während die Feuerwehr bei starker Rauch- und Giftgasentwicklung den Brand bekämpfte – habe man gewartet: „Kommt es zur Kernschmelze, ja oder nein?“ Die Pumpe schaffte es.

Unter strenger Geheimhaltung wurden dann – auch unter Armee-Einsatz – die Brandherde gesäubert. Mit einer für DDR-Verhältnisse ungewöhnlichen

dafür, wie unbehaglich die DDR-Fachleute im Schatten ihrer anfälligen Sowjet-Technik leben. Die Sicherheitsmängel der WWER-Atommeiler, die in der UdSSR, Bulgarien, der Tschechoslowakei und in der DDR Strom produzieren, haben die Fachleute der betroffenen Länder selbst genauestens zusammengetragen. „Standpunkt“ ist der interne Horror-Katalog überschrieben, der in 16 „Grundsätzen“ gravierende Schwachstellen und denkbare Alternativen beschreibt. Grundlage des Urteils ist ausdrücklich das Eingeständnis, das Sicherheitsniveau der Kraftwerksblöcke sei unzulänglich, es müsse etwas geschehen.

Die Atommeiler von Greifswald haben, wichtigster Mangel, keinen Sicherheitsabschluß aus Stahl und Beton, kein Containment; ein GAU ist also schon bei einem simplen Flugzeugabsturz denkbar, so – fast geschehen – beim Absturz einer sowjetischen MiG im Jahre

* Die Wärmeleistung beträgt 1300 Megawatt, die elektrische Leistung 440 Megawatt.



Kernkraftwerk Greifswald: „Die Zeitbombe tickte“

1986, nur einige Flugsekunden von Lubmin entfernt.

Kommt es zu einer „Havarie“, öffnen sich bei steigendem Druck „Überströmklappen“ im Gebäude, die Radioaktivität entweicht ungehindert. Eine solche Konstruktion setzt auf die Festigkeit des stählernen Druckbehälters.

Doch um die ist es wahrscheinlich schlecht bestellt. Im Grundsatz 11 des ost-internen „Standpunkt“ steht geschrieben, es müßten Maßnahmen zum Verhindern des „spröden Versagens“ der Druckbehälter geplant werden.

Das bedeutet: Der vor 20 Jahren verwendete Stahl enthält Kupfer und Phosphoranteil. Durch den 25jährigen Beschuß mit Neutronen während des Betriebes hat sich die Atomstruktur des Stahls verändert, das Material wurde spröde. Dadurch besteht bei Druckaufbau die Gefahr plötzlichen Reißens – das wäre ein zweites Tschernobyl.

In Block I des Greifswalder Kernkraftwerkes haben die Sowjets gemeinsam mit DDR-Technikern versucht, den Mangel durch Aufheizen des gesamten Behälters auf etwa 500 Grad zu beheben. Im günstigsten Fall läßt sich durch Wärme das ursprüngliche Atommuster rekonstruieren.

Doch niemand weiß, wie weit das gelungen ist und wie es in den anderen drei noch unbehandelten Blöcken aussieht. Unter Mithilfe von sowjetischen Technikern und DDR-Leuten soll Birkhofers Crew von der Gesellschaft für Reaktorsicherheit jetzt rasch – binnen zwei Monaten – das Risiko untersuchen. Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, daß dann als Konsequenz nur ein Abschalten hilft.

Auch aus westdeutschen Meilern ist das Risiko bekannt, so aus dem KKW Stade. Dort allerdings gibt es zwischen Reaktorkern und Gefäßwand einen relativ breiten „Wasserspalt“, in dem das Wasser den Neutronenbeschuß „moderiert“ und der Stahl weniger leidet. Die Sowjet-Gefäße haben keinen Platz für soviel Wasser. Sie durften in den siebziger Jahren nur so breit werden, daß sie noch mit der Eisenbahn an ihren Einsatzort gelangen konnten – ein wahrlich beängstigendes „begrenzendes Kriterium“ (Birkenhofer) für Reaktorbauer.

Auch Grundsatz 2 des Ostblock-Papiers hat es in sich. Darin wird befürchtet, es könne zu einem plötzlichen Rohrbruch im nuklearen Kreislauf kommen, ohne daß vorher ein kleines Leck aufgetreten wäre, bei dem die Reaktor-Mannschaft noch handeln kann. Ein vollständiger Rohrabriss bedeutet mit hoher Wahrscheinlichkeit die Kernschmelze mit katastrophalen Folgen.

In der Bundesrepublik müssen Reaktoren ein Leck von 60 Zentimetern gerade noch verkraften können; die Greifswalder Meiler sind nur für ein Löchlein von 32 Millimetern „Bruchquerschnitt“ gerüstet. Ist das Prinzip „Leck vor Bruch“ nicht gesichert, das hat Birkhofer vorläufig und bei begrenzter Kenntnis der Anlage ausgerechnet, werde es beim Bruch einer größeren Leitung rasch zur Kernschmelze kommen. Bis zum Versagen der Kerntagplatte dauerte es dann nur 64 Minuten, der Reaktor-gefäßboden wäre nach 82 bis 133 Minuten dahin, die Katastrophe nicht aufzuhalten.

Sollte die Analyse ergeben, daß ein solcher Rohrbruch nicht hinreichend

unwahrscheinlich ist, wäre das laut Birkhofer „der zweite Killer“.

Neben den zwei „Killer“-Problemen gibt es etliche andere Probleme:

- ▷ Die Notstromdiesel gelten als zu schwach;
- ▷ die Kabel sind nicht voneinander getrennt verlegt, bei einem Brand fallen Ersatzsysteme gleich mit aus;
- ▷ der Brandschutz in der über einen Kilometer langen Turbinenhalle ist unzulänglich;
- ▷ die verschiedenen Reaktorkomponenten sind räumlich nicht hinreichend getrennt.

Selbst wenn das Ergebnis der Sicherheitsanalyse also nach den Maßstäben Birkhofers erlauben sollte, die Reaktoren am Netz zu halten, sind umfangreiche Nachrüstungen der vier Blöcke unausweichlich. Das kann pro Meiler bis zu 500 Millionen Mark-West kosten – Geld, das die DDR nicht hat.

Töpfer hat bereits ausgeschlossen, daß er zahlt. Sein Etat enthält für 1990 nur 15 Millionen, für die kommenden Jahre je 20 Millionen Mark für eine Sicherheitsberatung in der DDR. Birkhofer will die westdeutschen Stromfirmen zu Zahlungen bringen: „Die sollen mal überlegen, was hier geschieht, wenn in der DDR etwas passiert.“

So wird es auch Bonns Umweltminister Töpfer gehen: Die DDR bürdet ihm mit dem Angebot, sich dem Urteil der gemeinsamen Sicherheitsprüfung zu unterwerfen, eine Mitverantwortung auf. Der Generaldirektor des Kombinars „Bruno Leuschner“, Reiner Lehmann, sprach das offen aus: Die Arbeit an der atomaren Sicherheit müsse die Bundesrepublik „mitschultern“.

Doch Töpfer hatte keine Wahl. Hätte er das Angebot, die Sicherheit der nahen Meiler zu untersuchen, abgelehnt und sich künstlich dumm gehalten, wäre er bei einer Katastrophe ja auch mitschuldig, und er sieht das auch so.

Um so mehr traf es ihn, daß einige DDR-Bürger gegen seinen Besuch in Greifswald protestierten. Sorgfältig hatte er auf der ganzen Reise besserwisserische Töne vermieden. Doch nun, von Demonstranten umringt, entfuhr ihm, was er tatsächlich als gerechtes Urteil von Kernkraftgegnern erwartet: „Sie müßten mir eigentlich dankbar sein.“ ◀